

„Eine starke Anti-Atom-Bewegung muss den europaweiten Ausstieg vorantreiben“

Der Euratom-Vertrag von 1957 zwingt auch EU-Mitgliedstaaten, die keine AKWs haben, viel Geld für die Förderung der Atomindustrie auszugeben. Das EU-Parlament hat dabei nichts zu sagen, weil vertraglich allein der Ministerrat zuständig ist. Deshalb müssen Europas BürgerInnen eine öffentliche Debatte über Euratom erzwingen, sagt Sabine Wils von der Linken.

umwelt aktuell: Frau Wils, alle kennen die EU, aber kaum jemand kennt den Euratom-Vertrag. Worum geht es in diesem Vertrag?

Sabine Wils: Die Europäische Atomgemeinschaft, kurz Euratom, wurde 1957 parallel zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gegründet, „in dem Bewusstsein, dass die Kernenergie eine unentbehrliche Hilfsquelle für die Entwicklung und Belegung der Wirtschaft und für den friedlichen Fortschritt darstellt“ – so steht es in der Präambel des Euratom-Vertrags. Die sechs Gründungsstaaten wollten die Materialien und Technologien zur Kernspaltung unter gemeinsamer Kontrolle stellen und die weitere Nuklearforschung und den Bau von Atomkraftwerken gemeinsam finanzieren. Der Euratom-Vertrag gilt automatisch unbefristet für alle EU-Staaten. Auch wenn sie einen Atomausstieg beschlossen haben oder gar keine Reaktoren besitzen, zahlen sie also für die Atomindustrie. Die Finanzierung von Euratom läuft über den allgemeinen EU-Haushalt in Form des Euratom-Forschungsrahmenprogramms und über direkte Kredite. Das 7. Forschungsrahmenprogramm von 2001 bis 2011 hat einen Umfang von 2,75 Milliarden Euro und wird wohl bald auf 5,2 Milliarden aufgestockt. Deutschland zahlt in diesem Jahr über 117 Millionen dafür. Mit den direkten Krediten – bisher über 3,6 Milliarden Euro – fördert die Kommission die Fertigstellung oder die Sicherheitsumrüstung von AKWs, deren Laufzeit dann verlängert wird.

Atomkraftgegner und Umweltverbände fordern bisher vergeblich die Abschaffung von Euratom. Es heißt, das sei rechtlich gar nicht möglich ...

Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages hat in einer Ausarbeitung für die Linksfraktion im Gegensatz zum juristischen Dienst der Kommission die Rechtsauffassung vertreten, dass der Euratom-Vertrag kündbar ist. Auch die Umweltjuristin Dörte Fouquet, die auf der Anti-Euratom-Konferenz der Europäischen Linken im September als Expertin eingeladen war, verweist auf internationales Recht. Nach Artikel 62 der Wiener Konvention über das Recht der Verträge kann auch ein unbefristeter Vertrag gekündigt werden, wenn sich die Umstände grundlegend geändert haben und diese zuvor „eine wesentliche Grundlage

für die Zustimmung der Vertragsparteien“ bildeten. Die Linke fordert von der Bundesregierung, sich für die Auflösung des Euratom-Vertrags, für einen europaweiten Atomausstieg und für die Gründung einer Europäischen Gemeinschaft für die Förderung erneuerbarer Energien einzusetzen.

Euratom fördert auch den internationalen Fusionsforschungsreaktor ITER. Eine Alternative?

Im Gegenteil. ITER ist ein Fass ohne Boden. Die Kosten verdreifachen sich gerade auf 16 Milliarden Euro bis 2018. Sogar nach offiziellen Angaben dauert es mindestens bis 2050, bis die Kernfusion wirtschaftlich funktioniert. Bis dahin muss aber das europäische Energiesystem zu 100 Prozent erneuerbar sein, denn der Klimaschutz und der Gesundheitsschutz der Bevölkerung können nicht mehr warten. Wir sollten das Geld also besser in die Erforschung erneuerbarer Energien stecken. Außerdem führt die Kernfusion zur Verbreitung von Material für Wasserstoffbomben. Das ist völlig unkontrollierbar.

Hat der Kampf gegen Euratom überhaupt Sinn, wenn nicht mal atomkraftfreie Mitgliedstaaten wie Österreich auf den Ausstieg pochen?

Fast 100.000 Österreicherinnen und Österreicher haben das Volksbegehren zum Euratom-Ausstieg unterschrieben. Damit wurde die erforderliche Anzahl nur knapp verfehlt. Alle neun Bundesländer und 322 Gemeinden haben Resolutionen zum Ausstieg beschlossen. Österreichs Umweltorganisationen sind extrem unzufrieden mit ihrer jetzigen Regierung. Ihre zögerliche Haltung führt die Argumentation, Euratom von innen verändern zu wollen, ad absurdum.

Welche Macht hat der Umweltausschuss des EU-Parlaments, in dem Sie sitzen?

In diesem Fall gar keine. Im Europaparlament ist der Industrieausschuss für Atomfragen federführend, der Umweltausschuss gibt dazu nur Stellungnahmen ab. Bei Euratom ist das Parlament aber sowieso völlig ausgeschaltet. Ein Beispiel ist die Richtlinie über die Entsorgung abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle. Das Parlament hat zwar zum Entwurf der Richtlinie eine Meinung abgegeben, aber der Mi-

nisterrat ist später mit seiner Entscheidung allein dem Vorschlag der Kommission gefolgt. Und die Kommission bildet sich ihre Meinung mithilfe der Expertise der Atomindustrie im Ausschuss für Wissenschaft und Technik. Bei der jetzigen Novellierung der Sicherheitsrichtlinie für die AKWs in der EU hat das Parlament auch kein Mitentscheidungsrecht. Das läuft allein auf Ratsebene und ist über den Euratom-Vertrag geregelt, nicht über den Lissabon-Vertrag.

Was kann denn überhaupt helfen, damit Euratom bald Geschichte ist?

Wir brauchen vor allem eine öffentliche Diskussion. Nach über einem halben Jahrhundert scheinen sowohl EU-Bürger als auch Politiker die Existenz dieses Vertrages vergessen zu haben. Aber Euratom sichert die Privilegien der Atomindustrie auf EU-Ebene strukturell ab und verhindert einen europaweiten Atomausstieg. Im Licht der Öffentlichkeit fällt es den Regierungen schwerer, die Subventionierung der Atomkonzerne in Zeiten knapper Kassen zu erklären. Trotz des deutschen Atomausstiegs – dessen Dauerhaftigkeit noch auf dem Prüfstand steht – wird eine starke Anti-AKW-Bewegung gebraucht, um einen europaweiten Ausstieg voranzutreiben. Dafür müssen wir viel Aufklärungsarbeit leisten, sowohl über die Folgen der Atomkraft als auch über den Euratom-Vertrag. Straßenprotest ist notwendig, wenn die EU-Kommission die Ausweitung der direkten Kreditlinie für AKWs beantragt oder die Aufstockung des 7. Euratom-Forschungsrahmenprogramms verhandelt.

[Interview: Juliane Grüning]

Die Chemikerin Sabine Wils ist EU-Abgeordnete für die Linke. Zuvor arbeitete sie in Hamburg im technischen Umweltschutz und im Personalrat.

Kontakt:
Tel. +32 (0)2 / 2833539,
E-Mail: sabine.wils@europarl.europa.eu,
www.sabine-wils.eu,
www.raus-aus-euratom.de

